


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 23.06.2022

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:48 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 19.05.2022	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Umsetzung des Beschlusses Drucksache 2045/18 Maß- nahmen zur Drogenprävention in der Landeshauptstadt Erfurt Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Vogel hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	0539/22

- 5.2. Öffentlich geförderter Wohnungsbau 1 **0558/22**
 Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch, Herr Perdelwitz
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit und Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung
- 5.3. Öffentlich geförderter Wohnungsbau 2 **0559/22**
 Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
 hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 2022 **1005/22**
 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SAG 19.05.2022 zu TOP 5.1 - Drucksache 2469/21 - "Sozialer Wohnungsbau" / hier: Barrierefreiheit- bzw. -armut **0909/22**
 BE: hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 7.2. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SAG 19.05.2022 zu TOP 5.3 - Drucksache 0558/22 "Öffentlich geförderter Wohnungsbau 1" / hier: Nachbesserung sowie Nachfragen **0910/22**
 BE: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung
- 7.3. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SAG 19.05.2022 zu TOP 6.2 - Drucksache 0545/22 "hier: Eigentumsverhältnisse Hinterhaus" **0911/22**
 BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
8. Informationen
- 8.1. Evaluationsbericht zum Maßnahmenplan für das Integrationskonzept **0934/22**
 BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

- | | | |
|------|--|----------------|
| 8.2. | Aktueller Stand zur Fortführung und Erweiterung des gemeinwesenorientierten Projektes Th.INKA Erfurt
BE: komm. Leiter des Amtes für Soziales | 0957/22 |
| 8.3. | Richtlinie der Stadt Erfurt über die Angemessenheit der Anwendungen der Kosten für Unterkunft und Heizung
BE: komm. Leiter des Amtes für Soziales | 0965/22 |
| 8.4. | Mündliche Informationen | |
| 8.5. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit und alle Gäste. Sie stellte die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn waren neun Mitglieder anwesend.

Sodann eröffnete die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und wies auf die hausordnenden Regeln zur Durchführung von Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates hin, welche mit der Einladung versandt wurden.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen zwei schriftliche Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Zum einen wurde durch die Einreicherin, Frau Vogel, Fraktion CDU, die Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.1 – Umsetzung des Beschlusses Drucksache 2045/18 Maßnahmen zur Drogenprävention in der Landeshauptstadt Erfurt (Drucksache 0539/22 – beantragt.

Zum anderen wurde vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 5.2 – Öffentlich geförderter Wohnungsbau 1, 5.3 – Öffentlich geförderter Wohnungsbau 2, 7.1 – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 19.05.2022 zum TOP 5.1 – Drucksache 2469/21 – Sozialer Wohnungsbau – hier: Barrierefreiheit bzw. –armut– und 7.2 – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 19.05.2022 zum TOP 5.3 – Drucksache 0558/32 – Öffentlich geförderter Wohnungsbau – hier: Nachbesserung sowie Nachfragen – zusammen zu behandeln.

Dagegen ergab sich kein Widerspruch. Weil keine weiteren Anträge gestellt wurden, ließ die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Die Änderungen wurden mit **Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0** bestätigt.

bestätigt mit Änderungen

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 19.05.2022

Sowohl mündlich als auch schriftlich lagen keine Einwände vor.

Die Niederschrift wurde wie folgt
genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Umsetzung des Beschlusses Drucksache 2045/18 Maßnahmen zur Drogenprävention in der Landeshauptstadt Erfurt 05 39/22
Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Vogel
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Wie unter dem Tagesordnungspunkt 2 bestätigt, wurde die Behandlung vertagt.

vertagt

- 5.2. Öffentlich geförderter Wohnungsbau 1 05 58/22
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch, Herr Perdelwitz
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit und Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung

Gemäß dem Votum unter dem Tagesordnungspunkt 2 wurden durch die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich auch die Tagesordnungspunkte 5.3, 7, 1 und 7.2 aufgerufen.

Bezugnehmend auf die ausgeschöpften Fördermittel aus dem Innenstadtstabilisierungsprogramm (ISSP) des Freistaats Thüringen erkundigte sich die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch, nach möglichen Nachfolgelösungen zur fortdauernden Begünstigung des sozialen Wohnungsbaus.

Die zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung wies in diesem Zusammenhang auf die in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Faktoren hin. Die für die Anwendung des Wohnbaulandmodells vorausgesetzten Landeshausmittel für die Wohnungsbauförderung sind überzeichnet, sodass auf eine Neuauflage im kommenden Jahr gehofft wird. Gemessen an der Vielzahl an Vorhaben für die Herstellung mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungen werden voraussichtlich auch künftig nicht genügend Fördermittel zur Verfügung stehen. Infolgedessen wird seitens der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte erwogen, eine gemeinsame Stellungnahme beim Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft abzugeben, um auf den Mehrbedarf an Fördermitteln in diesem Bereich aufmerksam zu machen.

Im Hinblick auf die nicht haltbare 20%-Quotierung im Erfurter Wohnbaulandmodell bat Frau Röttsch, Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt, um Vertagung der Drucksachen, bis die neue Richtlinie vorliegt. Daraufhin legte die Vorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, fest, dass nur die Drucksache 0558/22 vertagt und die übrigen Anfragen zur Kenntnis genommen werden. Entsprechende Kennzahlen müssten in die Planung des Landeshaushalts eingebracht werden.

Weitere Nachfragen lagen nicht vor.

vertagt

- 5.3. Öffentlich geförderter Wohnungsbau 2 0559/22**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Die Drucksache wurde unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Förderung von Projekten und Maßnahmen des LSZ im Jahr 1005/22**
2022
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung, Jugend und Gesundheit

Zunächst ging die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, in ihren Ausführungen detailliert auf das Antragsverfahren von Seiten des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport sowie der GFAW - Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH – ein. Die ursprünglich beantragte Maximalförderung in Höhe von 1,15 Millionen Euro wurde bewilligt, sodass die Trägervertreter in einer Informationsveranstaltung über die Antragsmodalitäten und die Bescheidung in Kenntnis gesetzt werden sollen.

Hinweisend auf die Übersicht der Förderungen in der Anlage 1 zur Drucksache gab Frau Hofmann-Domke zu bedenken, dass keine Höchst- und Mindestgrenzen zur Beschlussfassung festgeschrieben sind. Daherschlug sie vor, bei geringwertigen Projekten unter 5.000 EUR, die fachliche Entscheidung beim Dezernat für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit zu verorten und den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung in seiner nächsten Sitzung über den Mittelabfluss zu unterrichten.

Hierzu herrschte unter den Ausschussmitgliedern Einvernehmen, vorwiegend niedrigschwellige und kurzfristige Angebote damit ermöglichen zu wollen. Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, regte in diesem Kontext an, dass auch Evaluationen und Projektabschlussberichte der durch das LSZ-Programm geförderten Formate in regelmäßigen Abständen thematisiert werden sollen. Dies wurde durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, im Rahmen einer Informationsdrucksache zugesagt.

Mithin kam es zu nachfolgender Protokollnotiz:

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung empfiehlt der Stadtverwaltung im Rahmen des Landesprogramms für Solidarisches Zusammenleben der Generationen die Bewertung und Beurteilung der Förderfähigkeit unter der Schwelle von 5.000 EUR in eigener Verantwortung vorzunehmen und den Ausschuss über die Entscheidung in seiner nächsten Sitzung zu informieren. Weiterhin wird die Stadtverwaltung aufgefordert, einen rechtssicheren Rahmen zur Untersetzung der Mindestgrenze zu schaffen.

Bezüglich der Frage von Herrn Pfistner, Fraktion CDU, vor welchem Hintergrund nicht die vollständige Mittelverwendung in der Drucksache aufgeführt wurde, erläuterte der Referent des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, dass mit dem Erreichen der Förderstufe 3 zusätzliche Mittel über die Bestandssicherung vergeben werden dürfen. Mithin werden bereits etablierte Angebote wie Frauen- und Familienzentren sowie Familienberatungsstellen seit Jahren gefördert.

Vertiefend bat Herr Pfistner, Fraktion CDU, um eine detaillierte Darstellung der über die Bestandssicherung ausgereichten Mittel. Da dies durch den Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit zugesichert wurde, traf die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, folgende Festlegung:

Drucksache 1143/22	<p>Hinsichtlich der Gesamtförderung über das Landesprogramm für Solidarisches Zusammenleben der Generationen in Höhe von 1.151.800,00 EUR und der in der Drucksache 1005/22 ausgereichten Mittel in Höhe von 132.676,18 EUR bestand im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Informationsbedarf zur Gesamtkalkulation der in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Mittel. Der Referent des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit sagte eine Darstellung in der September-Sitzung zu.</p> <p>T: 15.09.2022 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit</p>
-----------------------	--

Angesichts des Volumens des Förderprogramms hinterfragte Herr Mroß, Fraktion SPD, die Transparenz und bestehende Informationskultur an die Bürger- und Trägerschaft. Anders als im Jugendhilfeausschuss gibt es keine vorgeschaltete beschlossene Maßnahmenplanung, daher gab er zu bedenken, ob die Matrix hierfür ausreichend ist.

Der Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit wies auf den "Integrierten fachspezifischen Plan" und das LSZ-Steuerungsgremium hin, welches das Verfahren bis zum 16. Mai begleitete, um durch neue Formen der Vernetzung eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in der Landeshauptstadt zu entwickeln.

Darüber hinaus gehende Nachfragen wurden nicht gestellt, sodass die Vorsitzende, Frau Rothe-Beinlich um ein Votum zur vorliegenden Drucksache bat.

beschlossen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Förderung der Projekte entsprechend Anlage 1¹ wird, vorbehaltlich der Bescheidung durch das Land, für das Haushaltsjahr 2022 beschlossen.

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SAG 19.05.2022 zu 0909/22
TOP 5.1 - Drucksache 2469/21 - "Sozialer Wohnungsbau" /
hier: Barrierefreiheit- bzw. -armut
BE: hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit**

Die Drucksache wurde unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SAG 19.05.2022 zu 0910/22
TOP 5.3 - Drucksache 0558/22 "Öffentlich geförderter
Wohnungsbau 1" / hier: Nachbesserung sowie Nachfragen
BE: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung**

Die Drucksache wurde unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt.

zur Kenntnis genommen

¹ Die Anlage des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 1 bei.

- 7.3. Festlegung aus der öffentl. Sitzung SAG 19.05.2022 zu 0911/22
TOP 6.2 - Drucksache 0545/22 " hier: Eigentumsverhältnis-
se Hinterhaus
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitali-
sierung

Hinsichtlich der gestiegenen Energiekosten für Erfurter Vereine erkundigte sich Herr Pfister, Fraktion CDU, nach dem aktuellen Stand und dem Umgang damit.

Hinweisend auf eine in der Erstellung befindliche Drucksache zu Kostenänderungsanträgen ging die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, auf die Fördermöglichkeiten außerhalb der Richtlinie zur Angemessenheit der Kosten für Unterkunft und Heizung ein.

Weiterer Diskussionsbedarf bestand nicht.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Evaluationsbericht zum Maßnahmenplan für das Integrationskonzept 0934/22
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

Zunächst bedankte sich die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, für die umfangreiche Ausarbeitung des Evaluationspapiers und eröffnete die Aussprache für Anmerkungen und Nachfragen.

Herr Waßmann, Fraktion CDU, teilte in vielerlei Hinsicht nicht die Einschätzung der Stadtverwaltung zur Umsetzung einzelner Maßnahmenpunkte. Insbesondere in den Bereichen Personalwesen, Raumkonzept, telefonische Erreichbarkeit und der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund befand er keine spürbaren Verbesserungen.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit betonte, dass man trotz der demografischen Entwicklungen und des Fachkräftemangels die Attraktivität für eine Bewerbung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöht hat. Für weitergehende Ansätze befindet sich das Dezernat 05 im Austausch mit der Agentur für Arbeit, um Schüler vermehrt für Berufsausbildungen und Praktika zu gewinnen. Ferner wird die Internetseite der Landeshauptstadt zunehmend mehrsprachig bzw. in einfacher Sprache angeboten.

Das Handlungsfeld 02 betreffend vertrat die Vorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, die Auffassung, dass die nicht empfohlene Umsetzung einer Antidiskriminierungsstelle in Zuständigkeit der Stadtverwaltung überdacht werden sollte. Auf die Frage nach der Mehrsprachigkeit des Kita-Online-Portals erwiderte Frau Hofmann-Domke, dass technische Hindernisse diese Funktionsweise noch nicht ermöglichen.

Weiterer Redebedarf lag nicht vor.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Aktueller Stand zur Fortführung und Erweiterung des gemeinwesenorientierten Projektes Th.INKA Erfurt 0957/22**
BE: komm. Leiter des Amtes für Soziales

Auf Nachfrage erklärte der zuständige Abteilungsleiter des Amtes für Soziales, dass die GFAW die Anträge prüft und somit noch keine Aussagen über den Rücklauf getroffen werden können.

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Richtlinie der Stadt Erfurt über die Angemessenheit der Anwendungen der Kosten für Unterkunft und Heizung 0965/22**
BE: komm. Leiter des Amtes für Soziales

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

zur Kenntnis genommen

- 8.4. Mündliche Informationen**

Es lagen keine mündlichen Informationen vor.

- 8.5. Sonstige Informationen**

Es lagen auch keine sonstigen Informationen vor. Sodann beendete die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer